

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesparteitag

Titel: SPD–Zukunftsmission für den ländlichen Raum

Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-
2 Landtagsfraktion und den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

3 Wichtige Weichenstellungen sind in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts zu
4 treffen. Auf einer Parteivorstandsklausur in Berlin hat die SPD ihre
5 Zukunftsmissionen für ein soziales, digitales und klimaneutrales Deutschland
6 vorgestellt. Es ist notwendig nicht mehr in Ressorts und Verantwortlichkeiten zu
7 denken, sondern Fragen von allen Seiten zu beleuchten. Klimaneutral, sozial und
8 digital lässt sich Deutschland nur mit dem ländlichen Raum, seinen Kleinstädten
9 und Dörfern, und seinen Menschen gestalten. Deren Lebenswirklichkeit
10 unterscheidet sich von denen in urbanen Zentren. Nur mit gleichwertiger
11 Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse erreichen wir die Zustimmung für unsere
12 Politik, die notwendig ist, um tatsächlich gestalten zu können.

13 Wir fordern eine Zukunftsmission für den ländlichen Raum. Bei allen politischen
14 Entscheidungen sind Auswirkungen auf Landkreise und kreisangehörige Kommunen
15 unter 100.000 Einwohnern zu berücksichtigen. Wir wollen eine Gesellschaft, die
16 mutig in die Zukunft schaut, Menschen, die Chancen bekommen sich zu
17 verwirklichen und sich deshalb aktiv und motiviert für eine demokratische und
18 vielfältige Gesellschaft engagieren. Menschen, die von sozialdemokratischer
19 Politik profitieren, wissen, dass sich gesellschaftliches Engagement lohnt. Der
20 ländliche Raum muss wieder eine Basis sozialdemokratischer Politik werden.

21 Die Zukunftsmission für den ländlichen Raum umfasst Maßnahmen, die die Menschen
22 ihre eigene Wichtigkeit und ihren Wert in der Politik erkennen lässt, sie mit
23 der Politik versöhnt und das Vertrauen in demokratische Strukturen, ihre

24 Institutionen und Verantwortungsträger festigt.

25 **Öffentliche Daseinsvorsorge als soziale Frage**

26 Wir erreichen Menschen mit unserer Politik, wenn wir uns die sozialen Fragen
27 hinter ihren kommunizierten Problemen und dem Unmut stellen.

28 Das Gesundheitswesen wird in der Fläche ausgedünnt, Krankenhäuser verschwinden,
29 Verwaltungseinheiten werden aus Kostengründen vergrößert und verlieren den Bezug
30 zu den Menschen, ÖPNV und digitale Infrastruktur richten sich nach
31 wirtschaftlichen Aspekten und werden deshalb auf dem Land vernachlässigt. „Soft
32 Skills“, die ein Leben im ländlichen Raum gut machen, verschwinden oder werden
33 nicht erneuert. Menschen ziehen weg und Absatzmärkte verschwinden, woraufhin
34 noch weniger Investitionen getätigt werden.

35 Die öffentliche Daseinsvorsorge muss im ländlichen Raum staatliche und kommunale
36 Aufgabe sein. Kommunale Unternehmen wirtschaften gemeinschaftsorientierter und
37 sind am Wohl der Einwohner im Zweifel stärker interessiert als private
38 Unternehmen. Wir als SPD setzen uns dafür ein, dass der Bund und die Länder in
39 finanzielle und personelle Vorleistung gehen, wenn es um klimaneutrale, digitale
40 und soziale Politik geht. Erst ein Ausbau von Infrastrukturen kann für den Zuzug
41 und das Wohlempfinden sorgen, sich gesellschaftlich zu engagieren und auch
42 vermeintlich einfache nationale Wahrheiten zu hinterfragen. Wir erreichen eine
43 aktive Zivilgesellschaft im ländlichen Raum, wenn wir bei jeder Gelegenheit den
44 Menschen in den Fokus unseres Handelns stellen und ihm das auch vermitteln.

45 **Rechtsstaatlichkeit**

46 Wir als SPD haben die Aufgabe, das Vertrauen in unsere Institutionen und
47 Entscheidungsträger zu stärken. Dazu gehört Transparenz über positive und
48 negative Folgen von Gesetzen und getroffenen Entscheidungen im Bund und den
49 Ländern. Ehrlichkeit zahlt sich aus. Die Menschen wollen keine fehlerfreie
50 Politik, sondern eine, die nah bei ihnen und im ständigen Austausch ist.

51 Gesetzliche Neuregelungen oder Änderungen haben ihre Auswirkungen immer vor Ort.
52 Welche Auswirkungen – finanziell wie organisatorisch – auf die einzelnen
53 Kommunen zukommen, lässt sich selten aus dem Gesetzestext oder der dazugehörigen
54 Bundesdrucksache lesen. Gesetzliche Neuregelungen oder Änderungen bedürfen
55 deshalb eines Anhangs, in dem die Auswirkungen auf Kommunen dargestellt werden
56 und so Planungssicherheit geboten wird.

57 **Förderung junger Strukturen**

58 Wir sehen es dabei als elementar an, Strukturen zur Betreuung und
59 Freizeitgestaltung von Jugendlichen und Bildungsangebote zu erhalten, zu fördern
60 und auszubauen. Der derzeitige Mangel wird gezielt von rechten Gruppierungen
61 ausgenutzt, um eigene Jugend-Strukturen aufzubauen. Sie bieten dort Halt, wo in
62 Dörfern sonst Perspektivlosigkeit droht.

63 Durch Abwanderung junger Menschen in urbane Ballungsräume sinkt der Anteil
64 Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung in ländlichen Regionen stetig. Das führt
65 dazu, dass die Jugend immer weniger bei Entscheidungen der lokalen Politik
66 berücksichtigt wird. Gemeinden werden unattraktiver für einen Zuzug von Familien
67 mit Kindern und Jugendlichen oder für die Gründung einer Familie.

68 Die Förderung von bereits vorhandenen Vereinen und Angeboten darf deshalb nicht
69 in Frage gestellt werden. Sonst wird der Weg für rechte Ideologien geebnet und
70 die bereits beschriebene Rechtsstaatlichkeit – das Vertrauen in unsere
71 Demokratie und unsere staatlichen Organisationen langfristig geschädigt.

72 Wir wollen, dass die Jugend lernt, sich differenziert mit gesellschaftlichen
73 Fragestellungen auseinanderzusetzen. Dafür brauchen wir eine ländliche
74 Jugendkultur, die finanziell abgesichert ist und innovative Konzepte umsetzt wie
75 mobile Jugendzentren.